



BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 30 / 26. März 2022



Durch unbesetzte Stellen verhindert Maren Schellenberg Schulsanierung

Millionen-Schaden durch Bürgermeisterin

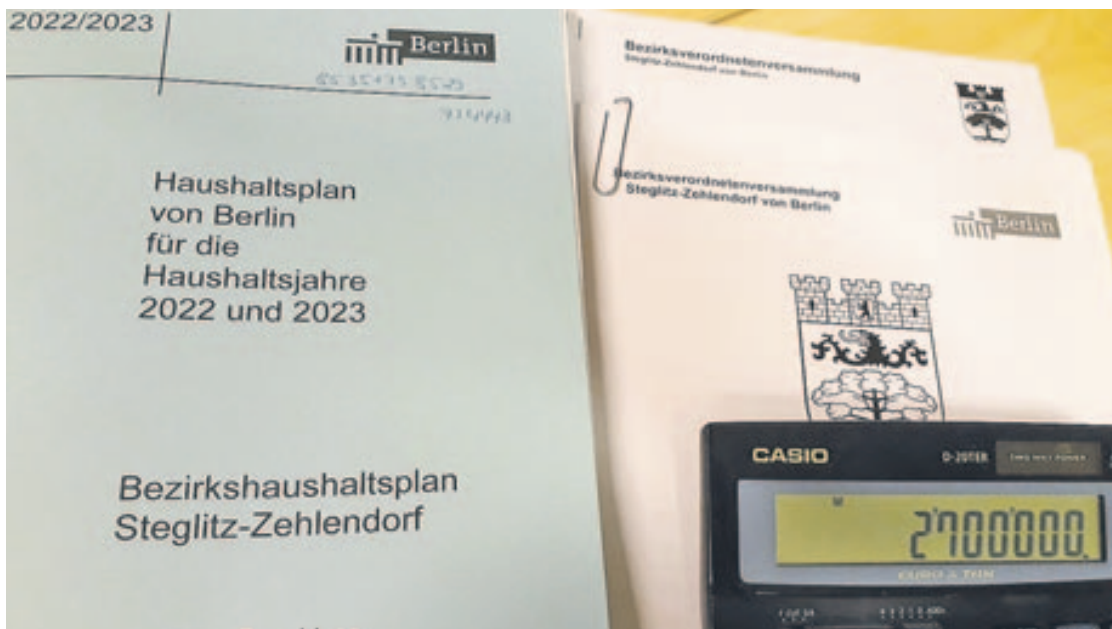
Steglitz-Zehlendorf. Aus Desinteresse der grünen Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg an Stellenbesetzungen können 2,7 Mio Euro nicht verbaut werden. Dies trifft besonders die besonders renovierungsbedürftigen Schulen im Bezirk. Die CDU-Fraktion stellte daher in der März-BVV einen Mißbilligungsantrag gegen die Bezirksamtsleiterin.

Durch die von Schellenberg verschuldete Nicht-Besetzung von Stellen verblieb aus dem Bauunterhaltstitel des Haushaltes 2020 ein Rest von rund 600 000 Euro bei den Verwaltungsgebäuden und bei den Schulen sogar von 2,1 Millionen Euro. Die Bezirksbürgermeisterin hat als zuständige Dezernentin für die Unterhaltung der Gebäude verabsäumt, sich um die Stellenbesetzung von – derzeit fünf – offenen Stellen in der technischen Gebäudeausrüstung in ihrem Amt zu kümmern. Das einzige, was von ihr dazu zu hören ist, sei, daß die Besetzung schwierig sei.

Geld für Verwaltungsgebäude, aber nicht für Schulen?

„Sinnvolle, geschweige denn kreative Aktivitäten zur Besetzung des dauerhaft unterbesetzten Amtes sind seitens der Bezirksbürgermeisterin nicht wahrzunehmen“, so Hippe. „Aus ihren Erklärungen dazu ist durchweg nur zu entnehmen, daß sie die Frage nicht sonderlich interessiert.“

Normalerweise hätte der Betrag von 2,7 Millionen Euro (darunter 2,1 Millionen für die Schulen) dem Bezirkshaushalt in diesem Jahr wieder zur Verfügung gestanden, da nicht verbrauchte Mittel der Bauunterhaltung auf das übernächste Haushaltsjahr vorgetragen werden dürfen. In diesem Falle hätte der Schaden „nur“ darin bestanden, daß die



700 000 Euro wurden für Verwaltungsbauten wieder eingestellt, aber kein weiterer Cent für die Schulen – mehr als zwei Millionen Euro fehlen deshalb für dringende Sanierungen. Foto: M. A. Schmidt

Schüler des Bezirks noch länger in maroden Gebäuden unterrichtet werden müssen.

Da der Senat 2020 allerdings das gesamte Negativergebnis des Bezirks (mindestens 2,7 Millionen Euro) aufgefangen hat, hat er diese Möglichkeit des Vortrags des dem Bezirk gewährten Geldes in das laufende Jahr 2022 nicht gewährt. Durch die beschriebene Untätigkeit der Bezirksbürgermeisterin im Jahre 2020 ist dem Bezirk daher ein Schaden von 2,7 Millionen Euro entstanden. Das Geld ist nun weg. Wäre es, wie vorgesehen, im Jahre 2020 verbaut worden, hätte der Bezirk bereits jetzt für 2,7 Millionen Euro mehr Bauleistungen, davon 2,1 Millionen Euro in den bezirklichen Schulen, in Auftrag geben können, so der Fraktionschef.

Damit aber nicht genug: Statt den Schulen den Betrag aus dem Haushalt 2022 redlicherweise wieder zur Verfügung zu stellen, trage die Bezirksbürgermeisterin

in der Haushaltsdrucksache vor: „Nichtveranschlagen der vorgegebenen Nachholbeträge aus 2020 für die bauliche Unterhaltung von Verwaltungs- und Schulbauten, da diese aus dem Abschluß 2020 nicht finanziert sind. Es ist möglich, daß die Senatsverwaltung Finanzen dies in der Nachschau kritisiert. Das Bezirksamt wird daher bei der Übersendung des von der BVV beschlossenen Haushaltsplan darauf hinweisen, daß es sich hierbei um eine bewußte politische Entscheidung aufgrund einer nicht finanzierten Vorgabe handelt.“

Geld für Verwaltungsgebäude, aber nicht für Schulen?

Torsten Hippe: „Die Bezirksbürgermeisterin hatte also ursprünglich politisch entschieden, die von ihr selbst verschuldeten, nicht verbauten Beträge nicht wieder zur Verfügung zu stellen.“

Nachdem vor Schluß der Haushaltsberatungen die Zuweisung

des Landes Berlin zum Haushalt 2022 um über zwei Millionen Euro aufgestockt wurde, hat die grüne Bezirksbürgermeisterin aus diesen Mitteln zwar 700 000 Euro für die Unterhaltung der Verwaltungsbauten wieder eingestellt, aber keinen weiteren Cent für die Schulen, die nun mit dem von ihr selbst verschuldeten Fehlen von Bauleistungen über 2,1 Millionen Euro leben müssen.“

Den Haushaltsänderungsantrag Nummer 1 der CDU-Fraktion, der den Schulen von Steglitz-Zehlendorf die vorenthaltenen 2,1 Millionen Euro wieder gewährt hätte, haben die unterstützenden Fraktionen der Bezirksbürgermeisterin Grüne, SPD und FDP einhellig abgelehnt. „Sie tragen daher“, so Hippe, „genau wie die Bezirksbürgermeisterin die Verantwortung dafür, daß in den Schulen von Steglitz-Zehlendorf unnötigerweise weiter die unterrichtsbeeinträchtigenden Baumängel herrschen.“

Liebe Leser,

's ist Krieg! 's ist Krieg!
O Gottes Engel wehre,
und rede Du darein!
's ist leider Krieg –
und ich begehre,
nicht schuld daran zu sein!



– schrieb Matthias Claudius 1778.

Das Entsetzen darüber, was seit vier Wochen in der Ukraine passiert, hat den meisten die Sprache verschlagen. Tod und Zerstörung, Verwundete und Vertriebene sind die Folgen des russischen Überfalls. Millionen Menschen haben bereits ihre Heimat verlassen, wo sie von Polen und Slowaken mit beispielloser Hilfsbereitschaft aufgenommen wurden. Fast 200 000 sind in Deutschland gelandet, darunter viele aus Steglitz-Zehlendorfs Partnergemeinde Charkiw, die von Putins Kriegsverbrechen besonders betroffen ist.

Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Francke hat das bürgerschaftliche Engagement der Bezirksbewohner für die von brutaler Gewalt heimgesuchten Ukrainer gewürdigt, die nicht nur aus Charkiw nach Berlin kommen. Viele Hundert Menschen sind in Steglitz-Zehlendorf ehrenamtlich tätig, um und das Leid zu lindern. Wir erleben die größte Flucht- und Vertreibungswelle in Europa seit den 40er-Jahren.

Der Krieg läßt keinen gleichgültig. Unzählige Menschen gingen auf die Straße, um gegen die Schuldigen dieser Tragödie zu protestieren, Schüler veranstalten Spendenaktionen (wie an der Grundschule am Buschgraben), und Initiativen von Einzelnen oder Vereinen sammeln zugunsten der Traumatisierten und Ausgebombten.

Daß wir dieses Wort im gegenwärtigen Zusammenhang wieder benutzen, muß im Nachhinein erschrecken. An den Frieden hatten sich mehr als drei Nachkriegsgenerationen in Europa gewöhnt. Ein richtiger Krieg schien auch in den Jahrzehnten des „kalten Krieges“ ausgeschlossen. Vor 30 Jahren versetzte Michail Gorbatschow die Deutschen in einen Rausch immerwährenden Friedens, einen Traum von Harmonie und vermehrtem Wohlstand, den die Friedensdividende einbringen würde.

Aus diesem Traum hat Wladimir Putin uns nun jäh erweckt – Putin, der unsere Partnerstadt Charkiw in Trümmer legt und nicht ahnte, welche Folgen seine Aggression haben würde. Die Europäische Union, die Nato und die westlichen Demokratien stehen so geeint wie lange nicht mehr zusammen, während Russlands Führer und seine Kommandeure wegen ihrer Kriegsverbrechen Internationale Gerichte fürchten müssen. Putin hat jetzt schon mehr als nur den Krieg – die „Militärsonderoperation“ – verloren. Wir aber erinnern uns an Claudius:

Was hilf mir Kron und Land
und Gold und Ehre?
Die könnten mich nicht freun!
's ist leider Krieg – und ich begehre,
nicht schuld daran zu sein!

Trotz allem: Frohe Ostern!
Ihr Martinus A. Schmidt

Schweigeminute für Kriegstote

Bezirksverordnete gedenken der Opfer in der Ukraine

Steglitz-Zehlendorf. Mit einer Schweigeminute hat die Bezirksverordnetenversammlung jetzt die Opfer des Krieges in der Ukraine geehrt.

Zu Beginn der März-Sitzung bat BVV-Vorsteher René Rögner-Fran-

ke die Volksvertreter, der Tausenden von Menschen zu gedenken, die seit Beginn der russischen Aggression getötet worden. Nach UN-Angaben sind seit dem 24. Februar fast 10 000 Personen zu Tode gekommen, darunter viele Zivilisten. Seit zwei Wochen erin-

bert die Fahne der Ukraine am Rathaus in Zehlendorf an die Schrecken des Krieges, den Russland nicht einmal 1000 Kilometer von Berlin entfernt entfesselt hat. In der BVV sprach Rögner-Franke von enormen Herausforderungen für unser Land und

lobte die grenzenlose Hilfsbereitschaft Polens und der Slowakei. Besonderer Dank gelte dem bürgerschaftlichen Engagement aus dem Bezirk für die Partnerstadt Charkiw, die seit Ende Februar durch die Invasoren belagert wird und viele Opfer zu beklagen hat.

Expertin für Schule und Jugend

Neu in der BVV: Ute Hahnfeld

Steglitz-Zehlendorf. Mit Ute Hahnfeld zieht eine alte Bekannte in die Bezirksverordnetenversammlung als Nachrückerin ein.

Bereits von 2011 bis 2016 war die 64-Jährige Mitglied der CDU-Fraktion, danach blieb sie als Bürgerdeputierte im Schulausschuß. Die in Zehlendorf geborene Lankwitzerin arbeitet als Lehrerin in einer Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Autismus, wo sie Asperger-Schüler unterrichtet. Kein Wunder, daß ihre politischen Schwerpunkte im Bereich Schule und Jugendhilfe liegen. Zudem gehört Soziales zu ihren Arbeitsfeldern.

Ihre langjährige Erfahrung als Pädagogin möchte die verheiratete Mutter eines erwachsenen Sohnes im Bereich Schule und Familie in die Arbeit der BVV einbringen und Schule und Jugenddar-



beit fördern. „Schulen“, sagt die neue Verordnete, „müssen bestens ausgestattet sein, damit ein optimaler Unterricht ermöglicht wird.“ Neben ihrer BVV-Aktivität ist die Pädagogin mit ihrer optimistischen Ausstrahlung Stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union im Bezirk und kümmert sich um das Union-Hilfswerk. Und wenn es ihre Zeit erlaubt, frönt sie ihrem Hobby, dem Line Dance.

Bezirksverordneter Bernhard Lücke

Wo im Bezirk stehen die Dialogdisplays?

Steglitz-Zehlendorf. Die Einsatzorte der einst auf Initiative der CDU-Fraktion beschafften Dialogdisplays in Tempo 30-Zonen sind Gegenstand einer Kleinen Anfrage des Bezirksverordneten Bernhard Lücke.

„Wo und wann werden diese zur Anzeige der gefahrenen Geschwindigkeit eingesetzt?“, will Lücke vom Bezirksamt wissen. Welche Überlegungen hätten zu der entsprechenden Planung geführt?

Die elektronischen Anzeigetafeln geben Kraftfahrern in freundlicher Form zu verstehen, ob sie ange-

Sie wollen das auch? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir werden gemeinsam tätig.
B.Luecke@dusz.de



Dialogdisplays tragen zur Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit bei. Foto: anajuli, AdobeStock

messen oder zu schnell fahren. Lücke möchte nun wissen, ob das Bezirksamt außer in der Nähe von Schulen und Kitas weitere Einsatzmöglichkeiten sieht.

Bezirksverordnete Dr. Claudia Wein

Anerkennungszulage im Gesundheitsamt

Steglitz-Zehlendorf. Beschäftigte des Gesundheitsamtes sollen nach Auffassung der CDU-Fraktion mehr Geld erhalten.

Sie erreichen Dr. Claudia Wein per E-Mail an dr.claudia.wein@googlemail.com



Das Bezirksamt solle sich beim Senat dafür einsetzen, daß die Angestellten und Beamten der Behörde in Vollzeit eine monatliche Zulage von 150 Euro erhalten, heißt es im Antrag der Be-

zirksverordneten Claudia Wein, „und zwar so lange, bis endlich die Besoldungs- und Tarifwerke Vergleichbarkeit zu den Eingruppierungen in den Krankenhäusern herstellen.“ Die Corona-Krise belastete die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes seit über zwei Jahren in besonderem Maße, erläutert die Kommunalpolitikerin und Ärztin ihren Vorstoß. Die versprochenen Besoldungs- und Gehaltsanpassungen seien jedoch ausgeblieben. „Die Anerkennung ihrer Leistungen muß in realer Form und nicht nur mit warmen Worten erfolgen“, betont die CDU-Verordnete.

Bezirksverordneter Jens Kronhagel

Parkviertel Dahlem auf neuesten Stand bringen

Dahlem. Die Sanierung der Wege und Parkplätze im Dahlemer Parkviertel nördlich vom Hüttenweg muß nach Auffassung der CDU-Fraktion beschleunigt werden. Die Zufahrten zu den Wohnhäusern der Taylor- und Flanaganstraße und die Oberflächenentwässerung bedürften einer raschen Erneuerung, heißt es in einem Antrag des Bezirksverordneten Jens Kronhagel.

Eigentlich sollte seit Jahren alles fertig sein. 2009 zogen die letzten Bewohner in das Parkviertel Dahlem. Die bundeseigenen Häuser hatten die US-Truppen 1994 am Hüttenweg hinterlassen. Doch Gehwege und Kanalisation der teuer modernisierten Siedlung sind auch bis heute nicht gemacht. Nach starkem Regen sammelt sich Wasser in der Flanagan- und Taylorstraße und läuft gar bis auf den Hüttenweg – ein Alptraum für alle, die nicht auf vier oder zwei Rädern sitzen. Bereits 2013 hatte die CDU-Fraktion das Thema in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

Verbessert werden sollten nun laut Kronhagel auch die Verkehrssicherheit, etwa durch gesonderte Auto-Haltezonen an der Kita und Verkehrsberuhigung auf Höhe der Spiel- und Bolzplätze und Ausbau der Parkmöglichkeiten; An der Kita seien zudem der Ausbau der Straßenbeschilderung, eine Aufwertung des Wasserabflusses zur Vorbeugung von Überschwemmungen, verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Flanaganstraße und Ladestationen für E-Autos zu bewerkstelligen.



Die Häuser nahe dem Hüttenweg wurden einst für US-Soldaten errichtet und 2005 an einen Investor verkauft. Foto: M. A. Schmidt

Laut Kronhagel geht es auch darum, Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene auszuloten, um weitere Maßnahmen finanziell zu ermöglichen, die derzeit nicht abgedeckt wer-

Jens Kronhagel erreichen Sie unter ☎ 0172 / 396 70 24 sowie per E-Mail an jens-kronhagel@t-online.de



den könnten, aber von den Anwohnern mehrheitlich eingefordert würden. Diese seien die Befestigung des Fußweges von der Flanaganstraße zur Clayallee (an der McDonald's-Filiale) und der

Bau eines Radweges von der Flanaganstraße zur Kreuzung Clayallee/ Königin-Luise-Straße.

Der Antrag sieht auch vor, die Anwohner binnen dreier Monate nach Beschluß über den Sachstand der eingeleiteten Maßnahmen zu informieren und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten in Hinblick auf mögliche Dringlichkeiten der Anliegen anzubieten.

Die einst von den US-Streitkräften errichtete Siedlung war im Jahr 2005 vom Bund an einen Investor verkauft worden. Dieser modernisierte bis 2008 das „Parkviertel Dahlem“ mit seinen 51 Häusern und rund 1100 Wohnungen.

Dauerhafte Busspur auf der Kaiser-Wilhelm-Straße?

Lankwitz. Die zeitliche Ausdehnung der für Busse reservierten Spuren auf der Lankwitzer Kaiser-Wilhelm-Straße ist Gegenstand einer Anfrage der CDU-Fraktion. So will der Bezirksverordnete Jens Kronhagel vom Bezirksamt wis-

sen, ob die Busspur in der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Bruchwitzstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße oder der Leonorenstraße „zu meßbaren Vorteilen für den Linienbusverkehr geführt habe, etwa Rückgang von Verspätungen.

Auch die Frage, wieviele Radfahrer in der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Paul-Schneider-Straße und Sieversbrücke im Tagesgang je Richtung unterwegs seien oder prognostiziert werden, möchte der Verkehrspolitiker wissen.

Bezirksverordnete Dr. Marela Bone-Winkel

Wie setzt das Amt die Beutelpflicht durch?

Steglitz-Zehlendorf. Hunde sind beliebter als der von ihnen hinterlassene Kot. Eine zunehmende Verschmutzung durch den angestiegenen Ausflugsverkehr in der „Corona-Zeit“ nimmt die CDU-Fraktion zum Anlaß für eine Anfrage.

Sie erreichen Dr. Marela Bone-Winkel unter ☎ 0162 24 88 887 und marela@bone-winkel.de



„Unterstützt der zuständige Stadtrat nach wie vor die Regelung zur Mitführung von Hundekotbeuteln, so wie er das im Mai 2020 gegenüber der Berliner Morgenpost ausdrücklich getan

hat?“, möchte die Bezirksverordnete Marela Bone-Winkel vom Bezirksamt wissen. „Wie führt das Bezirksamt Kontrollen der Hundebesitzer bezüglich der „Kotbeutel-Mitführungspflicht“ durch?“, heißt es in ihrer Anfrage weiter.



Die coronabedingten Belastungen sollte das Gesundheitsamt seinen Bediensteten mit einer Zulage honorieren. Foto: Stockfotos-MG, AdobeStock

Bezirksverordneter Ralf Fröhlich


Die CDU-Fraktion will die Freizeitstätte im Bahnhofsgebäude Lichterfelde-West dauerhaft sichern. Dazu soll das Bezirksamt einen Mietvertrag zu den verhandelten Konditionen abschließen. Foto: M. A. Schmidt

Lichterfelde-West: Zukunft der Freizeitstätte sichern

Lichterfelde. Die CDU-Fraktion will die Freizeitstätte im Bahnhofsgebäude Lichterfelde-West dauerhaft sichern. Dazu soll der Mietvertrag des Amtes für Soziales unverzüglich zu den verhandelten Konditionen abgeschlossen werden, heißt es im Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich.

So solle die Fortführung des beliebten Bürgertreffs über das Jahr 2022 hinaus ermöglicht werden. Der Wegfall eines ansonsten hochattraktiven Standortes für Kultur und Begegnung im Lichterfelder Kiez sei zu verhindern.

Der historische Bahnhof feiert dieses Jahr sein 150jähriges Bestehen und ist die soziale und kulturelle Begegnungsstätte in Lichterfelde geworden. Seit zwei Jahren wirkten die bezirklichen Freizeitstätten als Bezugspunkt zudem besonders gegen Vereinsamung, so Fröhlich. „Sie stellen ein Angebot für Austausch, Teilhabe und Hilfe dar. Auch mit Unterstützung des dortigen Fördervereins bietet der Bürgertreff kulturelle und gesellige Veranstaltungen.“ Neben dem breiten Sprachangebot gibt es dort außerdem auch Kurse, die die geistige und körperliche Fitness älterer Menschen verbesser

und intellektuell-literarische Interessen berücksichtigen.

Als Treffpunkt sei dieser Standort auch wegen seiner idealen Verkehrsanbindung an die S-Bahn hoch attraktiv: „Mit der Mietsteigerung von etwa 830 Euro pro Monat und der Ertüchtigung der Freizeitstätte mit einem behindertengerechten Zugang versetzt sich der Bezirk in die Lage, diesen Bürgertreff langfristig betreiben zu können und einen wertvollen Beitrag für die soziale und gesellschaftliche Arbeit nicht nur in Lichterfelde zu leisten“, heißt es in Fröhlichs Begründung.

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an fruehlich-ralf@gmx.de.



Straßenkreuzung am Teltower Damm entschärfen

Zehlendorf. Die Einmündung der Machnower Straße in den Teltower Damm soll nach dem Willen der CDU-Fraktion vor allem für Radfahrer ungefährlicher werden. Zu diesem Zweck solle das Bezirksamt an der Stelle den Radverkehr durch Ampeln regeln, heißt es in einem entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich. Sobald die Ampel am Teltower Damm für die Fußgänger „grün“ anzeige, hätten auch die Fahrradfahrer, die aus der Machnower Straße kommen, grünes Licht, und die Radfahrer auf dem Fahrradweg Teltower Damm ebenfalls freie Fahrt. Diese Konstellation führt nach Ansicht Fröhlichs zu gefährlichen Verkehrssituationen, weil die Radwege an der Kreuzung zusammengeführt werden.

Neuer Wohnraum auch für Menschen mit Behinderung

Steglitz-Zehlendorf. Sozialwohnungen sollen nach dem Willen der CDU-Fraktion künftig zu zehn Prozent für Menschen mit Behinderung vergeben werden. In einem Antrag des Verordneten Ralf Fröhlich wird das Bezirksamt ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, den Anteil der behindertengerechten Mietwohnungen erheblich auszubauen.

Ein Bündnis aus den Verbänden Deutscher Mieterbund, der Bauergewerkschaft IG Bau, der Caritas, der Behindertenhilfe und Psychia-

trie sowie Verbänden aus der Baumaterialwirtschaft habe sich dafür ausgesprochen, daß mehr Wohnungen für Menschen mit Behinderungen gebaut werden, um den Angebotsmangel auch in diesem Sektor des Wohnungsmarktes abzubauen. Nach Expertenansicht hat die enorme Nachfrage nach billigem Wohnraum seit 2015 stark zugenommen, als Hunderttausende von Zufluchtssuchenden in Deutschland Aufnahme fanden. Die nun ankommenden Flüchtlinge aus der Ukraine dürften die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch einmal anspannen.



Es gibt zu wenige behindertengerechte Wohnungen. Foto: RioPatuca Images AdobeStock

Bezirksverordneter Dr. Clemens Escher

Lerbacher Weg: Für THW-Fahrzeuge freie Ausfahrt

Lankwitz. Die CDU-Fraktion will die Ausfahrt von Fahrzeugen des Technischen Hilfswerkes (THW) am Lerbacher Weg durch die Verkehrsbehörde zu jeder Uhrzeit garantiert wissen. Die Einsatzbereitschaft des THW seit aus verkehrstechnischer Sicht jederzeit zu gewährleisten, heißt es im Antrag der Bezirksverordneten Ute Hahnfeld und Jens Kronhagel.

Das Bezirksamt, so weiter im Antrag, solle prüfen, ob die Verkehrsinsel in der Gallwitzallee in südliche Richtung verlegt oder verkleinert werden kann. Geprüft werden solle zudem, ob im Lerbacher Weg unmittelbar nach der Einfahrt von der Gallwitzallee auf der rechten Seite bis zur Einfahrt des Besucherparkplatzes die Bügel unmittelbar an die Fahrbahn versetzt werden können, um verkehrswidriges Parken von Fahrzeugen zu verhindern. Auch könnte in diesem Bereich nach Ansicht der Bezirkspolitiker ein

absolutes Halteverbot angeordnet werden. Zu überlegen sei auch eine Anbindung und Zuwegung des Grundstückes des THW an das Gelände der Polizei, um hierüber die Beweglichkeit von großen Fahrzeugen zu ermöglichen, so der Antrag.

Die derzeitige Lage und Größe der Verkehrsinsel in der Gallwitzallee sei für größere Fahrzeuge ohne Überfahren von Bordsteinen oder Gefährdung von Fußgängern und parkenden Fahrzeugen in südlicher Richtung nicht möglich, begründen Hahnfeld und Kronhagel ihren Antrag. Im Lerbacher Weg unmittelbar nach der Einfahrt von der Gallwitzallee parkten oft Kraftfahrzeuge regelwidrig auf dem rechten Fahrbahnrand, was die Durchfahrt des Lerbacher Weges einschränke. „Es sollte überlegt werden, die Anbindung des THW generell bzw. zusätzlich über das Gelände der Polizei zu ermöglichen“, so die Bezirksverordneten abschließend.

Bezirksverordneter Torsten Hippe

Kiosk 24: Zählgemeinschaft verweigert Bestandsgarantie

Lichterfelde. Die neue Zählgemeinschaft in der BVV Steglitz-Zehlendorf hat es abgelehnt, den Kiosk am Bahnhofsplatz in Lichterfelde-West dauerhaft zu erhalten.

Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion wurde auf der Februar-Sitzung der BVV mit der Mehrheit von Grünen, SPD und FDP zurückgewiesen. Stattdessen stimmten die Bezirksverordneten für die einjährige Verlängerung der „Sondernutzungserlaubnis“ des „Kiosk 24.“

Vergeblich hatte CDU-Fraktionschef Torsten Hippe an die grüne Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg appelliert: „Hören Sie auf, die Bürger zu gängeln!“ Schellenberg sprach von zu geringen Sondernutzungsgebühren für den Kiosk. Ihr Parteikollege Bezirksstadtrat Urban Aykal will eine „klimaaktive und nachhaltige Umgestaltung des Platzes“ unter Beteiligung aller. Der rund um die

Uhr geöffnete „Kiosk 24“ ist nicht nur Anlaufstelle für Käufer von Zeitungen, sondern vermittelt den Anwohnern rund um dem Bahnhof auch ein Gefühl von Sicherheit.

Torsten Hippe ist gegen eine „groß angelegte Umgestaltung“ des Bahnhofsplatzes. Lediglich die Querungsmöglichkeiten an der Stelle sollten nach seiner Ansicht verbessert werden: „Die millionenteure Veränderung eines intakten und funktionierenden Platzes im guten Zustand ist nicht zu vertreten.“ Der Bezirkshaushalt weise ein Defizit von rund 10 Millionen Euro aus, zahlreiche Schulen und Verwaltungsgebäude könnten aus Geldmangel nicht unterhalten werden, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Viele Straßen im Bezirk seien schadhaft und bedürften dringend einer grundlegenden Erneuerung. „Vor diesem Hintergrund“, so Hippe, „ist es nicht zu verantworten, einen solchen Platz aufwendig umzukrempeln.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
 CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
 Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
 Tel.: (030) 90 299-53 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt
Verlag: FUNKE Berlin Wochenblatt GmbH,
 Kurfürstendamm 21, 10719 Berlin,
 Tel.: (030) 887 277 100
Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau
Auflage: 131.500 Exemplare



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:
 ☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Online mehr über unsere Fraktion erfahren:
 Weitere Infos erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de

Spendenaktion



Schüler laufen für die Ukraine

Zehlendorf. Die Grundschule am Buschgraben zeigt blau-gelbe Flagge. Seit vier Wochen ist die Schülerschaft in Bewegung, erschüttert durch den Überfall auf die Ukraine. Die mehr als 224 Schüler hatten bereits Sachspenden in der Elternschaft zusammengetragen. In der Woche vom 14. bis zum 18. März haben die Spendenläufe rund um das Schulgebäude begonnen. „Seit Montag laufen die Klassen in ihren Sportstunden und legen sportliche Höchstleistungen ab“, so Schulleiterin Borika van Dorp. Alle Läufer hätten Sponsoren gefunden, die sportliche Leistungen mit einer Geldspende belohnten. Eltern, Verwandte und Freunde unterstützten das Vorhaben, eine große Geldspende für die Versorgung der Menschen in der Ukraine zu erlaufen, sagt van Dorp: „Angefeuert durch Passanten, die Lehr- und Erzieherkräfte und andere Klassen, die gerade Pause haben, sind die Kinder hochmotiviert, möglichst viele Runden und damit einen hohen Geldbetrag zu erlaufen.“ Das Geld wird auf das Spendenkonto „Deutschland hilft – Stichwort Ukraine“ eingezahlt.

BVV-Sondermittel

Ruderclub kann neuen Einer kaufen

Wannsee. Der Berliner Ruderclub e.V. hat Grund zur Freude. Für die Anschaffung eines Renn-einers (Skiff) erhält der Verein aus Sondermitteln der BVV 400 Euro. Das hat der Haushaltsausschuß jetzt einstimmig bei Enthaltung der Linksfaktion beschlossen.

Kein Kulturkampf um Straßennamen

Historische Benennungen erhalten

Steglitz-Zehlendorf. Steglitz-Zehlendorfer Straßennamen werden neuerdings einer Kritik unterzogen. Beispielsweise geriet der Schwanenritter Lohengrin auf die Abschußliste – wegen seines geistigen Schöpfers Richard Wagner. Das zeigt, welche Auswüchse entstehen können, wenn man sich eines Themas mit teutscher Gründlichkeit annimmt, ganz unabhängig von der aktuellen Staatsform.

Selbstverständlich scheiden Namen für Straßen und Plätze aus, die an Personen erinnern, die verbrecherisch wirkten. Auch ist es bei historischen Persönlichkeiten zum Teil erforderlich, erklärende Zusätze an die Schilder anzubringen, um aus heutiger Sicht den Benennungsanlaß in die Epoche der Benennung einzuordnen.

Straßennamen sind Zeugnis der Geschichte – eines Landes, einer Stadt oder eines Bezirks wie des unseren, die sich nicht mehr nachträglich ändern läßt und in ihren historischen Zusammenhang einzuordnen ist. Dabei können wir an die seinerzeit Geehrten nicht die Maßstäbe anlegen, die wir nach unseren heutigen Erkenntnissen anwenden würden. Schließlich möchten auch wir nicht einstmals mit den Maßstäben folgender Generationen vor dem Hintergrund eines dann (hoffentlich) höheren Wissenstandes gemessen werden.

Historiker Wolffsohn gegen Umbenennungen

Der Historiker Michael Wolffsohn äußerte sich kürzlich zum Problem von Umbenennungen von Straßen und Plätzen. „Wer Straßennamen umbenennet oder Denkmale stürzt, gibt vor, Geschehenes wäre nicht geschehen – und fördert, gewollt oder nicht, das Vergessen“, schrieb der emeritierte Professor der Bundeswehr-Universität München in einem Gastbeitrag in der „Berliner



Die nach dem späteren Papst Pius XII benannte Straße in Dahlem soll laut einem Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung zu einer Allee des Nachdenkens über die damalige Zeit werden. Pacellis Wirken in den 30er- und 40er-Jahren bleibt bis heute im Zwielficht. Foto: M. A. Schmidt

Morgenpost.“ Das gelte freilich nicht für Straßennamen oder Denkmale, die Verbrechern oder Mördern gewidmet seien: „Eine Adolf-Hitler- oder Joseph-Goebbels-Straße, Stalin-Allee oder Mao-Promenade sind in einem den Menschenrechten verpflichteten Staat absolut tabu“, sagt der 74-Jährige.

Wolffsohn plädiert für Aufklärung und Information. Unverzichtbar wären aus seiner Sicht an Straßenschildern und Denkmälern kleine angefügte Tafeln, die aber mehr Informationen beinhalten sollten als die bisherigen – sofern sie überhaupt vorhanden seien in Berlin und anderswo. Wo nötig und möglich, sollten die Licht- und Schattenseiten der jeweiligen Personen kurz benannt werden, ebenso der Zeitpunkt der Benennung.

„Der wäre aufschlußreich, weil auf diese Weise einiges über den jeweiligen Zeitgeist erkennbar würde. In aller Kürze entstünde ein realistisches Geschichtsbild“, so der Historiker.

Zugleich kritisierte er: „Die ‚Bilderstürmer‘ unserer Gegenwart orientieren sich am idealen und nicht am realen Menschen.“ Wer sich mit den Schwächen und Fehlern der Vergangenheit auseinandersetze, habe die Chance, solche künftig zu vermeiden. „Wer sie jedoch tabuisiert oder filtrierte, wird ihnen eher anheimfallen: durch Nichtwissen, das aufs zuvor verordnete Vergessen zurückzuführen wäre.“

Nach Logik mancher Zeitgenossen wären viele tausend Berliner Straßen „umbennungswürdig“,

sogar jene, die nach Karl Marx oder Kurt Tucholsky benannt sind. Auch die meisten Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur hätten danach von Straßenschildern zu verschwinden.

Hinter dem Bemühen, die Schablone politischer Korrektheit auf Persönlichkeiten vergangener Jahrhunderte anzuwenden, steckt im Kern Napoleonischer Ehrgeiz, das Vergangene abzuspolen, so zu tun, als habe es Martin Luther oder Richard Wagner nie gegeben. Drolligerweise entblöbte vor einem Jahr eine ähnliche Debatte, wie Eiferer in ihre eigene Falle tappen: Die Änderung des U-Bahnhofs Mohren- in Glinkastrasse in Berlin-Mitte löste rasch neue Empörung aus, als der Antisemitismus des Komponisten bekannt wurde.

Gail Halvorsen verstorben

„Rosinenbomber-Pilot“ sollte Ehrenbürger Berlins werden

Steglitz-Zehlendorf. Gail Seymour Halvorsen, einer der letzten Piloten der Berliner Luftbrücke, ist tot. Der pensionierte Luftwaffen-Oberst wurde mehr als 100 Jahre alt.

Geboren am 10. Oktober 1920 in Salt Lake City, diente er im Zweiten Weltkrieg als Kampfpilot und wurde nach dem Kriege berühmt, weil er Berliner Kindern zur Zeit der Luftbrücke kleine Süßigkeiten an Fallschirmen aus dem Cockpit warf. Für seine Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft wurde Gail Halvorsen 1974 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz und der amerikanischen Auszeichnung Orden Legion of Merit sowie 2015 mit der Lucius D. Clay Medaille geehrt. Einen Vor-



Luftbrückenpilot Gail S. Halvorsen 2013, als die 9. ISS in Dahlem nach ihm benannt wurde. Foto: M. A. Schmidt

schlag der BVV Steglitz-Zehlendorf auf Initiative der CDU-Fraktion, Halvorsen zum Ehrenbürger Berlins zu ernennen, lehnte der rote Senat 2011 ab.

Mit seinem Charme und seiner Herzlichkeit wurde der gläubige Mormone während der sowjetischen Blockade des freien Berlin zum Symbol dafür, wie aus Feinden Freunde wurden – wie er es selbst einmal beschrieb. Damals landeten die Versorgungsflugzeuge der Westalliierten im Minutentakt in Tempelhof.

Zur Ehrung dieses großen Amerikaners erhielt am 15. Juni 2013 die 9. ISS in Dahlem in Anwesenheit ihres Namenspaten den Namen Gail-Halvorsen-Schule. Zur Taufe „sei-

ner“ Schule 2013 enthüllte Halvorsen, der mit über 90 Jahren noch im Cockpit saß, selbst das neue Schild am Schulgebäude: „Ich bin hier wegen der 30 Kinder, die ich vor 65 Jahren vorm Zaun am Flugplatz Tempelhof traf.“ Angeregt zur Aktion „Little vittles“ (Naschereien) hatte Halvorsen 1948 die damals siebenjährige Mercedes Wild, die Flugzeuggeräusche bis kurze Zeit zuvor als Bedrohung wahrgenommen hatte. „Die Kinder damals wollten weder den Alptraum von Hitlers Vergangenheit noch von Stalins Zukunft“, betonte der Commander 2013, „sie hatten Träume einer Zukunft in Freiheit. ‚Lasst uns nicht im Stich‘, sagten sie mir.“

Ganz bescheiden erinnerte Halvorsen damals an die 72 Piloten, die

1948/49 bei der „Operation Air Lift“ zu Tode kamen, zwei von ihnen waren seine Freunde. „Es gibt keine größere Ehre, als der Schule meinen Namen zu geben.“ Sechseinhalb Stunden schüttelt Halvorsen unermüdet Hände, gibt Autogramme, lässt sich fotografieren. Für den Rosinenbomber-Piloten war der 15. Juni vor neun Jahren „ein Highlight in meinem Leben.“ „Arbeitet an Eurer Bildung und geht dann in die Welt, um Euch für andere einzusetzen“, sagt Halvorsen schließlich. „Passt gut auf diese Schule auf! Ich werde wiederkommen und nachsehen, ob alles funktioniert.“ Das tat er dann tatsächlich, als er 2019 wieder in Berlin war. Am 16. Februar 2022 ist Halvorsen in Provo in Utah, 80 Kilometer südlich seiner Geburtsstadt verstorben.